

Bauernbund Brandenburg

Liebe Berufskollegen,

ein ereignisreiches Jahr geht zuende. Auf dem Acker war es oft nicht einfach, aber irgendwie sind wir doch noch alle fertig geworden. Politisch haben wir mit dem Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung eine breite Debatte über Agrarstrukturen in Ostdeutschland ausgelöst, die mit der jetzt einsetzenden Diskussion um Obergrenzen bei Agrarsubventionen ihre Fortsetzung findet. In vielen guten Gesprächen konnten wir unsere Kontakte insbesondere zu den drei bürgerlichen Parteien im Lande vertiefen. Das Herbsttreffen bei Marco Hintze in Krielow und Volker Rottstock in Deutsch Bork war ein schöner Höhepunkt unseres Verbandslebens, an den die vielen Teilnehmer sicher gern zurück denken.

*Schon heute bitten wir darum, sich im Kalender für das neue Jahr den **8. Februar 2011** anzustreichen. Wir veranstalten dann unsere Mitgliederversammlung zusammen mit dem **Bauerntag** des Deutschen Bauernbundes und werden den Kabinettschef von EU-Agrarkommissar Ciolos, Herrn Georg Häusler, zu Gast haben. Eine gesonderte Einladung folgt.*

Wir wünschen Ihnen allen besinnliche Tage, frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr!

*Karsten Jennerjahn
Präsident*

*Reinhard Jung
Geschäftsführer*

Bauernbund Brandenburg für Obergrenzen bei Agrarsubventionen

Pressemitteilung vom 8. Oktober 2010

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, begrüßt die Absicht der EU-Kommission, bei der Fortschreibung der gemeinsamen Agrarpolitik 2013 betriebliche Obergrenzen für Direktzahlungen einzuziehen. Entsprechende Informationen enthält ein inoffizielles Reformpapier, das seit gestern europaweit diskutiert wird.

„Wer keine Agrarindustrie will, sondern eine vielfältige Landwirtschaft und einen lebensfähigen ländlichen Raum, der kommt um eine Kappung bei den Agrarsubventionen nicht herum“, sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz. In den USA sei diese seit vielen Jahren Praxis und auch die EU müsse dafür Sorge tragen, dass Steuergelder nicht direkt in die Taschen außerlandwirtschaftlicher Geldanleger wandern. Der Bauernbund werde sich daher intensiv an der Diskussion um die Ausgestaltung der Obergrenzen beteiligen.

Privatbauern sind der stabile Faktor im ländlichen Raum

Interview mit Vizepräsident Bringfried Wolter über die „Landnahme der neuen Börsenbauern“ in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 8. November 2010

PNN: Stellt der zunehmende Landhunger von Investoren für die brandenburgischen Landwirte eine Bedrohung dar?

Wolter: Ja, in unterschiedlicher Weise - je nachdem, wie die Landwirte mit Flächen ausgestattet sind. Angenehm ist es auf keinen Fall, dass die Herren mit den ganz großen Brieftaschen unterwegs sind und Land kaufen oder sich über Beteiligungen in Agrarbetriebe einkaufen, die dann wiederum, mit frischem Kapital ausgestattet, Flächen erwerben.

PNN: Welche Folgen erwarten Sie für die Strukturen der Landwirtschaft in Brandenburg?

Wolter: Zunächst ändern sich die Eigentumsverhältnisse. Wenn die Investoren wieder an denselben Pächter verpachten, geht nur der Pachtzins weg. Wenn sie aber in Agrarbetriebe einsteigen,

Bringfried Wolter (52) aus Willmersdorf im Barnim ist Vizepräsident des Bauernbundes Brandenburg. Er bewirtschaftet einen 700-Hektar-Betrieb mit Acker, Spargel, Gehegewild und Wald



bedeutet das, dass die komplette Wertschöpfung aus dem ländlichen Raum rausgesaugt wird. Das schwächt strukturschwache Regionen zusätzlich. Wir haben viele Jahre vor einem Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft gewarnt und wurden ausgelacht. Jetzt findet er statt, und zwar in Größenordnungen.

PNN: Wer ist aus Ihrer Sicht verantwortlich für diesen Ausverkauf?

Wolter: Verantwortlich ist die Agrarpolitik der roten Landesregierungen, die immer nur auf die LPG-Nachfolger gesetzt hat. Herr Platzeck ist ja noch heute stolz auf die riesigen Agrarbetriebe im Land. Genau diese sind aber das bevorzugte Ziel der Investoren, allein schon aufgrund ihrer Größe und Rechtsform, oft aber auch, weil sie nicht wirtschaften können.

Unsere leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetriebe lassen sich dagegen nicht so leicht übernehmen. Sie erwirtschaften die höchsten Gewinne, zahlen die meisten Steuern und beschäftigen die meisten Arbeitskräfte pro Hektar. Und sie sind in ihrer Heimat verwurzelt. Privatbauern sind der stabile Faktor im ländlichen Raum.

PNN: Welche Möglichkeiten haben Bauern in Brandenburg, sich gegen die finanzkräftigen Investoren zu behaupten?

Wolter: Regional und individuell wird es unterschiedliche Strategien geben. In den vergangenen Jahren haben viele unserer Mitglieder gekauft, und das war richtig. Wo wir jetzt preislich nicht mehr mithalten können, wird der persönliche Kontakt zu den Verpächtern noch größere Bedeutung gewinnen. Dabei ist es relativ leicht zu vermitteln, dass ihr Land eine Sicherheit darstellt, die man nicht ohne Not verkaufen sollte.

Schwerer zu vermitteln ist ein angemessener Pachtzins, vor allem wenn die Konkurrenz mit Kampfpreisen arbeitet. Ich erkläre meinen Verpächtern, wie ich wirtschaftete und die Flächen in gutem Zustand erhalte. Andere wirtschaften anders, insbesondere bei Biogasmais werden die Böden regelrecht ausgeplündert. Pacht ist Vertrauenssache, hier sehe ich unsere Chance.

PNN: Lässt sich der Ausverkauf aus Ihrer Sicht stoppen?

Wolter: Der Bauernbund fordert seit langem Obergrenzen für Agrarsubventionen und den Verkauf der bundeseigenen BVVG-Flächen ausschließlich an ortsansässige Landwirte. Damit lässt sich der Ausverkauf sicher nicht völlig stoppen, aber man braucht ihn ja zumindest nicht noch agrarpolitisch zu begünstigen. Den Rest muss der Markt regeln. Das hat es auch früher schon gegeben, dass sich Fabrikanten oder Offiziere zur Geldanlage Güter gekauft haben. Am Ende mussten sie wieder abgestoßen werden. Wir Bauern sind einfach besser.

Obergrenze ja, Umweltauflagen nein – Stellungnahme des Bauernbundes Brandenburg zu den Vorschlägen der EU-Kommission für die gemeinsame Agrarpolitik ab 2013

Pressemitteilung vom 18. November 2010

In einer ersten Stellungnahme hat der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, das heute vorgestellte Diskussionspapier der EU-Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik 2014 – 2020 differenziert beurteilt. “Wir begrüßen, dass die Direktzahlungen als starke Erste Säule erhalten bleiben”, sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz. Auch der Vorschlag, eine Obergrenze für Großbetriebe einzuziehen, findet die Unterstützung des Bauernbundes. Jennerjahn: “Damit bremsen wir den Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft an Investoren und Geldanleger.”

Für unsinnig hält der Bauernbund dagegen den Gedanken, die Obergrenze durch Berücksichtigung von Arbeitskräften aufzuweichen. “Sollen tatsächlich die oftmals weit unter Tariflohn bezahlten Arbeitskräfte angerechnet werden? Und was machen wir mit den Saisonkräften und geringfügig Beschäftigten?” fragt Jennerjahn und befürchtet bei einer solchen Regelung mehr Bürokratie und sogar Subventionsbetrug: “Wer will das denn auseinanderhalten, ob der Schlosser auf einem Großbetrieb in der Werkstatt oder plötzlich in der Landwirtschaft beschäftigt ist?”

Skeptisch sieht der Bauernbund auch die Bindung der Direktzahlungen an zusätzliche Umweltauflagen. Wenn damit ackerbauliche Fehlentwicklungen wie zum Beispiel Mais-Monokulturen unterbunden würden, gehe das in Ordnung, findet Jennerjahn: “Auf keinen Fall aber akzeptieren wir noch mehr von diesen kleinkarierten Bestimmungen und Kontrollen, mit denen schon heute jeder Rülpsler einer Kuh dokumentiert werden muss.” Der Bauernbund werde sich daher in den nächsten Monaten intensiv an der Diskussion um die Gemeinsame Agrarpolitik 2014 – 2020 beteiligen.

In Kyritz, wo wir unser Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung aufgestellt haben, übt sich die Linke übrigens weiter in Geschichtsklitterung. Ganz in sozialistischer Tradition traten Frau Tackmann und Genossen zum 60. Jahrestag an vor dem 1985 errichteten Bodenreformdenkmal und priesen die Enteignungen als gesellschaftlichen Fortschritt mit Vorbildcharakter.

Bauernbund prangert an: Linke feiern Enteignung in Kyritz

Pressemitteilung vom 27. August 2010

Die Ankündigung der Linken, das 65jährige Jubiläum der Bodenreform am 2. September mit einer Festveranstaltung in Kyritz zu begehen, ist beim Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, auf scharfen Widerspruch gestoßen. “Bei der Bodenreform 1945 wurden in der sowjetischen Besatzungszone alle Landeigentümer über hundert Hektar sowie politisch missliebige Landwirte entschädigungslos enteignet, mussten Haus und Hof verlassen”, erinnert Bringfried Wolter, Vizepräsident des Bauernbundes: “Wenn die Linke das als gesellschaftlichen Fortschritt feiert und behauptet, das eigentliche Unrecht sei, dass es in den Westzonen keine Bodenreform gegeben habe, so offenbart sich darin ihr nach wie vor gestörtes Verhältnis zum Privateigentum.”

Nach der Wende haben viele Landwirte in den neuen Bundesländern ihre Höfe mit eigener Hände Arbeit wieder aufgebaut, betonte der Landwirt aus Willmersdorf im Barnim. Vor diesem Hintergrund sei die Einladung der Linken, über gerechte Bodenverteilung heute diskutieren zu wollen, eine “maßlose Frechheit”. Wolter: “Wir diskutieren nicht darüber, was uns gehört. Noch schützt unser Grundgesetz das Eigentum. Wir fordern Frau Tackmann und Herrn Luthardt auf, unmissverständlich zu erklären, ob sie uns enteignen wollen oder nicht. Wenn ja, dann muss die SPD als verfassungstreue Partei die Konsequenz ziehen.”

Bodenreform- Diskussion: Bauernbund wirft Linken-Sprecher stalinistische Geisteshaltung vor

Pressemitteilung vom 3. September 2010

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat dem agrarpolitischen Sprecher der Linken Michael-Egidius Luthardt eine "stalinistische Geisteshaltung" vorgeworfen. Luthardt hatte bei einer Gedenkfeier seiner Partei zum 65. Jahrestag der Verkündung der Bodenreform gegenüber der Märkischen Allgemeinen wörtlich erklärt, wie bei jedem revolutionären Umschwung habe es sicher Ungerechtigkeit gegeben, was seinerzeit gemacht wurde, sei aber vom Prinzip her richtig gewesen.



DDR – Bodenreformdenkmal in Kyritz

“Wo gehobelt wird, da fallen Späne – diese zynische Einstellung gegenüber Menschen und ihren Schicksalen ist typisch für totalitäre Diktaturen”, kritisierte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz, Luthardts Formulierung. Dass im Herbst 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone 12.000 Landwirtschaftsfamilien über Nacht Haus und Hof verlassen mussten, komplett enteignet wurden und nicht wieder in ihre Dörfer zurückkehren durften, sei auch vom Prinzip her durch nichts zu entschuldigen: “Den Machthabern ging es nicht um neue Chancen für die Flüchtlinge und Vertriebenen, sondern es ging um die Beseitigung einer sozialen Schicht auf dem Lande.” Wenn die Linke eine solche Vorgehensweise heute rechtfertigt, folge daraus, dass sie den im Grundgesetz verankerten Schutz der Menschenrechte nicht akzeptiert und damit eine verfassungsfeindliche Partei ist, so Jennerjahn.

Bauernbund zum Oderbruch: Konkretes statt Kosmetik

Pressemitteilung vom 30. November 2010

Zur aktuellen Diskussion um das Binnenhochwasser im Oderbruch erklärt Manfred Wercham, Vorstandsmitglied des Bauernbundes Brandenburg und Landwirt aus Wilhelmsaue im Oderbruch: "Die Oderbruchbauern haben die Nase voll von der Vernebelungstaktik der Umweltministerin Frau Tack. Die Niederschläge der letzten Monate sind keine Naturkatastrophe, sondern sie offenbaren die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte. Auf der für kommende Woche angesetzten Arbeitsgruppensitzung im Umweltministerium erwarten wir keine Kosmetik, sondern einen konkreten Maßnahmenplan. Die Alte Oder als zentraler Abfluss muss zügig geräumt werden, damit das Oderbruch als Lebensraum nicht nur für Biber, sondern auch für Menschen erhalten bleibt."

Weiter mit der Energiepolitik. Hier sieht es danach aus, als dürften wir uns über einen Abschied von der Braunkohle freuen. Bitterer Beigeschmack ist die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Wir sind stolz darauf, dass unser Mitglied Hans-Georg von der Marwitz mit vier weiteren Abgeordneten der CDU-CSU-FDP-Koalition gegen das Energiekonzept der Bundesregierung gestimmt hat. Dass bis heute noch kein CCS-Gesetz das Bundeskabinett passiert hat, ist sicher auch seinem entschiedenen Kampf gegen diese sinnlose Technologie zu verdanken.

Bauernbund: Landwirtschaft in Brandenburg geschlossen gegen CCS

Pressemitteilung vom 9. September 2010

Anlässlich des gestern in Berlin vorgestellten Gutachtens des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur CCS-Technologie hat der Bauernbund Brandenburg die Landesregierung aufgefordert, sich schnellstmöglich von den geplanten Kohlendioxid-Endlagern unter Beeskow und Neutrebbin zu verabschieden. "Die Zahlen des Instituts belegen den wirtschaftlichen Unsinn und die ökologischen Risiken von CCS", sagte Bauernbund-Vorstandsmitglied Manfred Wercham, Landwirt aus Wilhelmsaue im Oderland: "Wir stehen dafür, dass CCS in der Region nicht durchsetzbar ist. Die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe werden sich mit allen gerichtlichen und außergerichtlichen Mitteln gegen ihre Enteignung wehren."

Durch den Bau von Rohrleitungen, Pumpstationen und Hochdruck-Verpressungsanlagen müssten zahllose Grundeigentümer und Landnutzer zwischen den Lausitzer Kohlekraftwerken und den geplanten Endlagern in ihren Rechten beschnitten werden, kritisiert Wercham: "Dazu kommt die Gefahr von Kohlendioxid-Leckagen und einer Versalzung des Grundwassers, wodurch unsere Böden praktisch wertlos würden." Die Landwirtschaft kämpfe deshalb geschlossen gegen CCS, erklärt Wercham und führt als Beleg an, das sich inzwischen auch der mit dem Bauernbund konkurrierende Deutsche Bauernverband unmissverständlich gegen die umstrittene Technologie ausgesprochen hat: <http://www.bauernverband.de/?redid=152813&mid=350172>

Wercham: "Der Präsident des Landesbauernverbandes Herr Folgart sollte jetzt ganz viel Mut aufbringen und seinem Genossen Platzeck sagen, dass er mit der Braunkohle auf dem Holzweg ist."

Bauernbund fordert: Vattenfall hinter schwedische Gardinen

Pressemitteilung vom 19. September 2010

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, begrüßt die Überlegungen des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall, sich aus der Braunkohleverstromung in der Lausitz zurückzuziehen. "Vattenfall gehört hinter schwedische Gardinen", fordert Bauernbund-Vorstandsmitglied Christoph Schilka und wirft dem Unternehmen eine menschenverachtende und zerstörerische Wirtschaftsweise in der Lausitz vor.

Die Rückzugspläne seien auch ein Beleg dafür, dass der Widerstand Ostbrandenburgs gegen neue Tagebaue und CCS Wirkung zeige, behauptet der 57jährige Landwirt, der in Guhrow im Spreewald einen 150-Hektar-Betrieb mit Ackerbau und Rindermast bewirtschaftet. Die einseitig auf Braunkohle ausgerichtete Energiepolitik der Landesregierung sei gescheitert, so Schilka: "Bei Stolpe sollte Horno das letzte Dorf sein, das der Braunkohle zum Opfer fällt. Jetzt will Platzeck auch noch Atterwasch, Kerkwitz und Grabko wegbaggern. Die Menschen glauben die Lügen einfach nicht mehr und wehren sich."

Als Eckpunkte eines neuen Energiekonzeptes verlangt Schilka ein sozialverträgliches Auslaufen der genehmigten Braunkohleförderung, den Verzicht auf CCS sowie eine Umlenkung der Kohlesubventionen in erneuerbare Energien, Energiespeicherung und Netzausbau: "Egal wer künftig die Bagger steuert, ein brandenburgischer Wirtschaftsminister oder ein chinesischer Investor – an der Energiewende führt kein Weg mehr vorbei."

Protest gegen eine verantwortungslose Energiepolitik

Interview mit Geschäftsführer Reinhard Jung über das Atomare Endlager in Gorleben in der Märkischen Allgemeinen (Prignitz-Kurier) vom 16. Oktober 2010

MAZ: Herr Jung, Sie beteiligen sich am 28. Oktober an einer Diskussion der Böll-Stiftung über das Atommülllager in Gorleben. Wird der Bauernbund mit den Landwirten aus dem Wendland gegen den Anfang November erwarteten Castortransport demonstrieren?

Jung: Ich befürchte, es werden nicht allzu viele von uns dabei sein.

MAZ: Gibt es Kontakte zwischen Prignitzer Landwirten und der Bäuerlichen Notgemeinschaft, die sich in Lüchow-Dannenberg seit 30 Jahren gegen ein Atommülllager in Gorleben wehrt?

Jung: Noch nicht, aber ich werde ja in Lenzen jemanden kennenlernen.

MAZ: Welche Auswirkungen hätte ein mögliches Endlager für die Landwirte in der Prignitz?

Jung: So wie derzeit das Zwischenlager hätte wohl auch ein Endlager zunächst kaum Auswirkungen. Allerdings nur so lange, bis es zu einem Austritt von Radioaktivität kommt. Dann wären die Auswirkungen nicht auf Region und Landwirtschaft begrenzt. Das Tückische an der Radioaktivität ist, dass sie auf unabsehbare Zeit eine tödliche Gefahr darstellt, die nur unter hohem Aufwand beherrschbar ist. Da wir es aber mit Menschen zu tun haben, bleibt das Risiko einer Katastrophe von unvorstellbaren Ausmaßen.

MAZ: Das Interesse am Thema ist in der Prignitz erfahrungsgemäß gering, obwohl Gorleben direkt am anderen Elbufer liegt. Warum?

Jung: Natürlich trennt die Elbe. Bei mir selbst stelle ich fest, dass ich mich lange nicht mehr mit dem Thema befasst habe. Vor zehn Jahren habe ich noch in Gorleben mitdemonstriert. Durch den Atomausstieg schien die Politik in die richtige Richtung zu weisen. Das hat sich nun geändert. Aber gegen was wollen Sie noch alles kämpfen? Als Landwirt ist man manchmal froh, wenn man seine Arbeit schafft. Trotzdem hat der Bauernbund eine Meinung dazu.

MAZ: Sie lehnen ein Atommülllager in Gorleben ab?

Jung: Unbedingt. Je mehr Atommüll wir produzieren, desto problematischer wird die Endlagerung. Schauen Sie sich Asse an. Ein ehemaliges Salzbergwerk in Niedersachsen, wo die Sicherheit der Endlagerung erforscht werden sollte. Inzwischen besteht Einsturzgefahr und der Atommüll muss wieder rausgeholt werden. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke sehen wir deshalb als falsches Signal. Der Protest in Gorleben bezieht sich nicht allein auf den Standort, sondern auch auf eine verantwortungslose Energiepolitik.

MAZ: Hat die Landwirtschaft nicht ein Interesse an niedrigen Energiepreisen?

Jung: Nur vordergründig. Dadurch, dass sich Agrarrohstoffe auch energetisch verwerten lassen, hängen Agrar- und Energiemärkte zusammen. Wir haben vor allem ein Interesse daran, in Ruhe zu produzieren. Das verträgt sich nicht mit den massiven Umweltbelastungen, die von Atomenergie und Braunkohle ausgehen. Und wenn durch politische Entscheidungen wie Laufzeitverlängerung oder neue Tagebaue Strom billig gehalten wird, bremst das auch die regenerativen Energien aus, an deren Erfolg die Landwirtschaft maßgeblich beteiligt ist.

MAZ: Halten Sie die 100%tige Versorgung Deutschlands mit regenerativen Energien für möglich?

Jung: Wir leben in einer globalisierten Welt und waren noch nie energieautark. Ich glaube aber, dass sich die rasante Entwicklung bei der Energieerzeugung aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme fortsetzen kann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Außerdem lässt sich viel Energie einsparen durch optimierte Technik. Es ist eine Legende, dass bei uns die Lichter ausgehen würden, wenn wir uns von Atom und Kohle verabschieden. Die Zukunft der Energieerzeugung liegt in dezentralen mittelständischen Strukturen. Dafür können wir Landwirte uns begeistern und nicht für diejenigen, die hier nur ihren Dreck abladen wollen.

Nächstes Thema Tierproduktion. Bei zehn Jahren BSE hatten wir die Chance, zumindest regional die Medien zu interessieren: ZDF, Deutschlandfunk, RBB Rundfunk und Fernsehen, die Märkische Allgemeine, Potsdamer Neueste Nachrichten, Märkische Oderzeitung, Oranienburger Generalanzeiger und Prignitzer sowie einige Agrarmedien griffen unsere Initiative auf. Sogar aus dem brandenburgischen Agrarministerium kam diesmal offene Zustimmung, was uns natürlich freut ...

Zehn Jahre nach BSE: Bauernbund und Politiker aus Brandenburg für Rindfleisch aus heimischer Erzeugung

Pressemitteilung vom 24. November 2010



Guten Appetit: Dieter Dombrowski, Axel Vogel, Gregor Beyer und Journalisten lassen es sich schmecken im Gasthof „Summter Storch“; Foto: Fritsche

Anlässlich des zehnten Jahrestages des ersten BSE-Falles in Deutschland haben Spitzenpolitiker der brandenburgischen Parteien ein Bekenntnis zum Rindfleisch aus heimischer Erzeugung abgelegt und zugleich eine Überprüfung der BSE-Schutzmaßnahmen befürwortet. Auf einem Rindfleischessen des Bauernbundes Brandenburg in Mühlenbeck diskutierten Dieter Dombrowski (CDU), Gregor Beyer (FDP) und Axel Vogel (Bündnisgrüne) mit Landwirten über die Rinderhaltung im Lande und die bis heute nachwirkenden Folgen der Krise.

Trotz inzwischen über 20 Millionen von den Bauern bezahlter BSE-Tests gebe es nach wie vor keinen Hinweis darauf, dass die extrem seltene Krankheit auf dem Nahrungsweg übertragen wird,

fasste Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung, selbst Rinderhalter in Lennewitz in der Prignitz, die Kritik seines Verbandes zusammen: „Wir wollen niemandem rückblickend vorwerfen, übervorsichtig gewesen zu sein, aber es muss auch möglich sein, irgendwann einen Schlusstrich zu ziehen und Entwarnung zu geben.“ Der Bauernbund verlangt von der Politik deshalb seit langem die Abschaffung der BSE-Tests, der zentralen Rinderdatenbank und des Verfütterungsverbots von Tiermehl an Schweine und Geflügel.

- Dieter Dombrowski (CDU) wählte Rinderroulade, Kartoffelklöße und Rotkohl: „Mir persönlich schmeckt Rindfleisch – und es sichert Arbeitsplätze in der heimischen Landwirtschaft, denn Brandenburg ist von seinen natürlichen Voraussetzungen her wie geschaffen für die Rinderhaltung.“ Der Verbraucher sei längst zum Sonntagsbraten zurückgekehrt, so Dombrowski. Er wünsche sich, dass auch Restaurants und Kantinen sowie die Hersteller von Fertiggerichten und Wurstwaren verstärkt wieder auf Rindfleisch setzen.
- Gregor Beyer (FDP) entschied sich für ein T-Bone-Steak mit Pommes frites und Eisbergsalat: „Rinder gehören zu unserer Landwirtschaft, Rinderhaltung auf Grünlandbasis ist für mich praktizierte Landschaftspflege.“ Die BSE-Hysterie vor zehn Jahren sieht Beyer als Anlass, angebliche Experten und Prognosen mit dem gesunden Menschenverstand zu hinterfragen: „Auch bei kompliziert erscheinenden Themen sollte der mündige Bürger sich selbstbewusst eine eigene Meinung bilden.“
- Axel Vogel (Bündnisgrüne) genoss eine Berliner Leber mit Zwiebelringen, Stampfkartoffeln und Apfelkompott: „Verbraucherschutz hat für uns unverändert Vorrang, allerdings sollten wir uns fragen, ob alle damals verhängten Maßnahmen aus heutiger Sicht noch Sinn machen.“ Besonders die Notwendigkeit des Verfütterungsverbots von Tiermehl müsse kritisch überprüft werden, sagte Vogel: „Dadurch wird wertvolles tierisches Eiweiß dem Nahrungskreislauf entzogen und zum Teil durch südamerikanisches Gensoja ersetzt.“

Alle drei Politiker sicherten dem Bauernbund zu, sich in ihren Parteien dafür einzusetzen, dass die vor zehn Jahren verhängten Maßnahmen auf Basis der inzwischen gewonnenen Erkenntnisse überprüft werden. In der brandenburgischen Landwirtschaftspolitik soll eine Initiative für Rindfleischmarketing aus heimischer Erzeugung angestrebt werden.

Positionspapier des Bauernbundes: BSE - Eine extrem seltene Rinderkrankheit und definitiv keine Gefahr für den Menschen

Überlegungen anlässlich des zehnten Jahrestages der BSE-Hysterie am 24. November 2010

Die extrem seltene Rinderkrankheit BSE ist nicht auf dem Nahrungsweg übertragbar. Für staatliche Zwangsmaßnahmen wie BSE-Tests, Bestandstötungen, totales Tiermehlverbot und die Überwachung der Rinderbestände in Form einer bundesweiten Datenbank gibt es keinerlei Rechtfertigung mehr.

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Testalter im Monaten	24	24	24	24	24	24	30	30	48
Tests insgesamt	2.890.000	3.030.000	2.590.000	2.530.000	2.070.000	1.890.000	1.650.000	1.720.000	1.200.000
BSE-Verdachtsfälle aufgrund der Tests an gesund geschlachteten Rindern	125	106	54	65	32	16	4	2	2
davon im Rahmen von Bestandstötungen bei BSE-Verdacht	4	0	0	2	0	0	0	0	0
Tatsächliche BSE-Fälle (mit ausgebrochener Krankheit)	6	4	1	0	0	1	0	0	0

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Schreiben vom 19.08.2010

Die absoluten Zahlen der BSE-Verdachtsfälle zeigen zunächst einen deutlichen Rückgang seit der Einführung der staatlichen Zwangsmaßnahmen. Damit wird eine Fortsetzung dieser scheinbar erfolgreichen Politik begründet. Schaut man sich die Zahlen jedoch genauer an, ist festzustellen:

1. Der Rückgang beschreibt Verschiebungen im Promille-Bereich mit geringem statistischen Aussagewert, noch dazu wenn man in Rechnung stellt, dass es sich lediglich um Verdachtsfälle aufgrund der Tests an gesund geschlachteten Rindern handelt. Die Tests haben nicht mehr ergeben als gewisse Anhaltspunkte dafür, dass das untersuchte Rind möglicherweise irgendwann einmal an BSE erkrankt wäre, hätte man es länger leben lassen. Aus dem gesamten Betrachtungszeitraum sind nur zwölf Fälle bekannt, wo die Krankheit tatsächlich ausgebrochen ist. Diese Rinder wären auch ohne Tests nicht in den menschlichen Verzehr gelangt.
2. Viel aussagekräftiger als die absoluten Zahlen ist die Tatsache, dass bei den nach Feststellung eines BSE-Verdachtsfalls amtlich angeordneten Bestandstötungen (in den ersten Jahren die ganze Herde, später nur noch der Geburtsjahrgang, grundsätzlich aber Tiere, die dasselbe Futter erhalten haben wie der BSE-Verdachtsfall) regelmäßig kein weiterer BSE-Verdachtsfall festgestellt wurde. Dem entspricht die Tatsache, dass von den 56 Kälbern, die 2002 auf der Insel Riems zu Forschungszwecken mit rohem Hirn von in Großbritannien erkrankten Rindern gefüttert wurden (also einem extremen, völlig unrealistischen "Infektionsdruck" ausgesetzt waren) keines an BSE verendet ist.

Jedenfalls gibt es trotz inzwischen 20 Millionen von den Bauern zwangsweise bezahlter BSE-Tests in Deutschland nach wie vor keinen Hinweis darauf, dass BSE durch die Nahrung übertragen wird.

Wem all dies noch nicht Gewissheit genug ist, dem sei ein Blick nach Großbritannien empfohlen, wo BSE (weshalb, darüber gibt es sehr unterschiedliche Theorien) zwischen 1985 und 2000 epidemieartige Ausmaße annahm. In Großbritannien liegt die Häufigkeit der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit seit ihrer systematischen Erfassung konstant auf demselben Niveau wie in Deutschland und in anderen europäischen Ländern, nämlich bei etwa einem Fall auf eine Million Einwohner. Auch die 173 bisher an einer angeblich neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit gestorbenen Menschen stehen in keinem irgendwie nachvollziehbaren Verhältnis zu den über 170.000 BSE-Fällen in Großbritannien, bei denen es sich ja nur um die tatsächlich an BSE erkrankten Rinder handelt. Die Zahl der "infizierten" Rinder, die sich seit Mitte der 1980er Jahre flächendeckend auf britische Teller verteilt hat, liegt um ein Vielfaches höher. Irgendwelche gesundheitlichen Folgen des BSE-Fleischkonsums sind jedenfalls nicht erkennbar, nur die von interessierten Wissenschaftlern herbeispekulierte Inkubationszeit wird immer länger ... irgendwann erreicht sie vermutlich die natürliche Lebenserwartung des Menschen.

Bauernbund Brandenburg gegen geplante Mittelstreichung bei der Tierkörperbeseitigung

Pressemitteilung vom 9. November 2010

Als "Unverschämtheit" hat der Bauernbund Brandenburg das Vorhaben der Landesregierung bezeichnet, die Landesmittel für die Tierkörperbeseitigung (Entsorgung von verendeten Tieren) zu streichen und die Kosten allein den Landwirten aufzubürden. "Das straft alle Bekenntnisse der Landesregierung zur Tierproduktion Lügen", sagte Bauernbund-Vorstandsmitglied Jens Gerloff, Milchviehhalter aus Teetz in der Prignitz. Es könne nicht angehen, dass das Land erst ein Gesetz verabschiedet, das den Landwirten bestimmte Entsorgungsunternehmen vorschreibt, und sich dann aus der Finanzierung zurückzieht. Sollte es bei der Streichung der Mittel bleiben, verlange der Bauernbund auch die Aufhebung aller über Bundesrecht hinaus gehenden Vorschriften, so Gerloff.

Bauernbund benennt Jürgen Kempf und Hans-Ulrich Peters für den Beirat der Tierseuchenkasse

Nach 18 Jahren Tätigkeit für berufsständische Belange wird unser Mitglied Günter Dammaschke aus Schenkendöbern im Landkreis Spree-Neiße aus Altersgründen nicht mehr im Beirat der Tierseuchenkasse vertreten sein. Der Vorstand des Bauernbundes Brandenburg dankt ihm ausdrücklich für diese wichtige Arbeit für die Tierhalter in Brandenburg. Da nach Gesetz die Verbände selbst die berufsständischen Vertreter für den Beirat der Tierseuchenkasse benennen können, hat sich der Vorstand auf seiner letzten Sitzung mit der Nachfolge befasst. Nachfolger Dammaschkes wird wieder ein Milchviehhalter, nämlich Jürgen Kempf aus Klein Mutz im Landkreis Oberhavel. Die Stellvertretung behält Hans-Ulrich Peters aus Löhme, der dem Gremium bereits seit sechs Jahren angehört und einen Betrieb mit Mutterkühen, Legehennen und Mastgänsen bewirtschaftet.

Zu guter letzt: Ohrmarkennummer DE 01167 03369

E-Mail an den Landeskontrollverband Brandenburg: Ihre Anfrage vom 9. November 2010 zum Zeitraum zwischen Ab- und Zugang des Tieres Ohrmarkennummer DE 01167 03369 in der HIT-Datenbank

Sehr geehrte Damen und Herren vom LKV,

ich wüsste zwar nicht, wen das etwas angeht, wo sich ein gesundes und inzwischen korrekt gemeldetes Tier ein paar schöne Tage gemacht hat, und vor allem welchen gesellschaftlichen Nutzen diese Recherche haben soll, aber Sie haben sich den ganzen Zirkus ja auch nicht ausgedacht.

Also gut. Möglicherweise hatte irgendein Viehhändler mir den wunderschönen rotbunten Deckbulen mit obiger Ohrmarke aus der Herde von Gerhard Köpsel, Dwerfeld, mit einem ganzen Schwung Futterbullen bereits vor der Nase weggekauft, als ich mich in das Tier verguckte. Und möglicherweise befand sich dieses Rindvieh zwischen dem Abgang vom Betrieb Köpsel am 5. Oktober 2010 und dem Zugang auf meinem Betrieb am 13. Oktober 2010 bei just diesem Viehhändler, weil ich nicht so schnell einen Anhänger für den Transport aus Schleswig-Holstein organisieren konnte (den ich wegen fehlender Viehtransportbefähigungsbescheinigung eh nicht hätte durchführen dürfen). Dann werde ich mir wohl gedacht haben, wenn ich dem Viehhändler einen Preisaufschlag und das Futtergeld bezahle, sei das Thema erledigt. Was offensichtlich eine Fehleinschätzung war.

Gerade fällt mir ein, dass wir es uns aber auch viel leichter machen können, indem ich einfach das falsche Datum eingegeben habe. Wissen Sie, wir Landwirte arbeiten viel, da passieren Fehler. Genau so war es, jetzt erinnere ich mich. Eigentlich habe ich den Bullen nämlich bereits am 5. Oktober abgeholt. Ich hoffe, damit ist die Welt wieder in Ordnung.

Gruß aus Lennowitz

Ihr Reinhard Jung